



Arbeitsplatz Bundesrepublik: Gerüstet für die Zukunft?

Die derzeit in der Öffentlichkeit geführte Diskussion über die Qualität des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik droht im Schlagabtausch der gesellschaftlichen Gruppen zu einem bloßen Meinungsstreit zu entarten. Angesichts der deutschen Exportüberschüsse, der hohen Qualität der Arbeitskräfte und der guten Infrastruktur bescheinigen sich Gewerkschaften, aber auch Politiker und einige Repräsentanten von Unternehmen gegenseitig, wie vorzüglich der Standort Bundesrepublik sei. Diese Diskussion leidet aber bereits an einem doppelten Geburtsfehler: Sie verkennt das Thema ebenso wie die davon berührten Interessen. Es geht bei der Standortfrage gerade *nicht* um die gegenwärtige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen, und es stehen *nicht* in erster Linie Interessen von Unternehmern auf dem Spiel. Es geht um die Arbeitsplätze von morgen und damit um die Chancen aller, die dann erwerbstätig sein möchten.

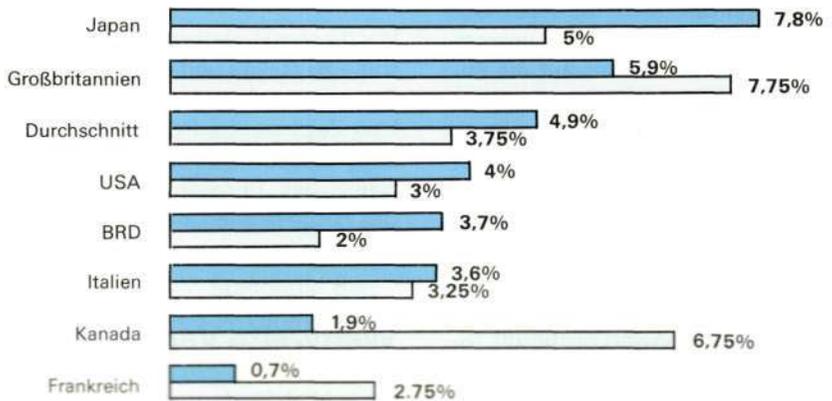
Qualität und Zukunftsfähigkeit eines Standortes kann man weder isoliert an der Steuerbelastung, noch an den Löhnen, den Exporten oder der Qualität der Arbeitskräfte ablesen, sondern nur daran, wieviel Investitionen er zu sich hinzieht. Sie sind die Voraussetzung für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung und damit der Schlüssel für die Zukunft. Doch gerade hier sind die Fakten eindeutig und alarmierend: Seit fünf Jahren liegt unser Land bei den Investitionen, beim Wachstum und bei der Beschäftigung im Schlußfeld der sieben wichtigsten Industrienationen (siehe Grafik).

Unternehmensinvestitionen, die in diesem Land getätigt werden, entscheiden nicht nur über Wachstum und Beschäftigung. Sie sind auch Voraussetzung für die Einkommenssteigerung der Arbeitnehmer. Kapital ist heute weltweit mobil. Es siedelt sich dort an, wo die Bedingungen am günstigsten sind. Dem Kapitalanleger kann es letztlich gleichgültig sein, ob sich die Qualität des Standortes Bun-

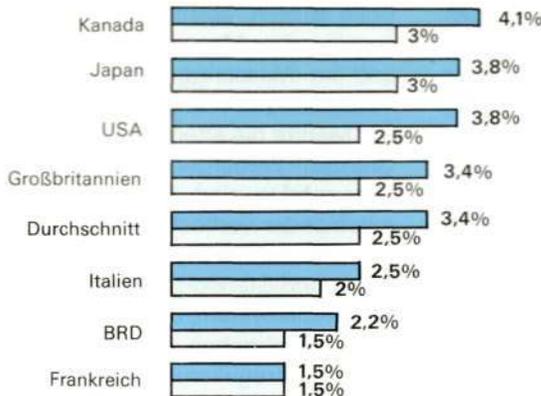
Kennzahlen der sieben wichtigsten Industrieländer

■ 1983–87 Jahresdurchschnitt □ 1988: Prognose Sachverständigenrat/ OECD

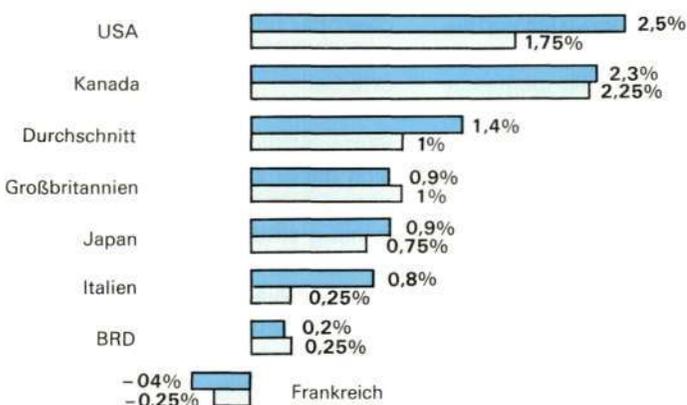
Veränderung der realen Bruttoinvestitionen der Unternehmen in % (ohne Wohnungsbau)



Veränderung des realen Bruttonationalprodukts in %



Veränderung der Beschäftigtenzahl in %



Quelle: OECD, Sachverständigenrat

desrepublik verschlechtert oder nicht. Für die weniger mobilen Arbeitnehmer hingegen ist das eine ganz entscheidende Frage. Es müßte daher gerade in ihrem Interesse liegen, die wirtschaftliche Attraktivität der Bundesrepublik zu verbessern.

Von ihren Interessenvertretern, den Gewerkschaften, aber wird die Gefährdung der Standortqualität unseres Landes mit dem Hinweis auf die immer noch gute Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte bestritten. Doch zwischen Wettbewerbsfähigkeit der Produkte und des Produktionsstandortes besteht ein großer Unterschied: Die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte wird im wesentlichen durch die Rahmenbedingungen der Vergangenheit und der Gegenwart bestimmt. Investitionsentscheidungen hingegen werden von Erwartungsparametern geprägt. Die mangelnde Investitionsdynamik der deutschen Wirtschaft weist deshalb als Frühindikator auf künftige Standortschwächen der Bundesrepublik und damit letztlich auch auf eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte hin.

Es ist also nicht die augenblickliche Lage, es ist der Blick in die Zukunft, der besorgt machen muß. Was wir heute genießen, ist die Frucht der Investitionen und der Arbeit von gestern. Was morgen zur Verfügung stehen soll, muß deshalb heute grundgelegt werden. Und genau damit sieht es schlecht aus: Materiell, wie die wiedergegebenen Daten ausweisen und ideell, was die innere Einstellung betrifft. Über der seit Jahrzehnten gewohnten Beschäftigung des Verteilens ist der Blick für die Entstehungsbedingungen der Verteilungsmasse verloren gegangen – nicht nur in der Politik, sondern in fast allen Teilen unserer Gesellschaft, die kein Verständnis für ordnungspolitische Zusammenhänge mehr hat und damit die wirtschaftlichen Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz nicht mehr erkennt. Die Mehrzahl der Bürger, auch derer, die besondere Verantwortung tragen, sieht nur den Baum, der heute reichlich Früchte trägt, von denen wir uns gerne und bedenkenlos

bedienen. Daß diese Früchte gereift sind, ist erfreulich. Doch damit darf es nicht sein Bewenden haben. Es kommt vielmehr darauf an, den Baum so wachsen und stark werden zu lassen, daß er auch in späteren Jahren, unter erkennbar schwierigeren Umständen, noch ausreichend tragen kann.

Vor diesem Hintergrund die Standortfrage zu stellen und damit unser aller Zukunft ins Auge zu fassen, ist also kein Zeichen von Pessimismus, sondern Gebot der Vernunft und Ausdruck des Prinzips Verantwortung, das heute in allen anderen Bereichen zu Recht beschworen wird.

Weltweite Verflechtung

Ursächlich für den weltweit geführten Wettbewerb der Standorte ist, daß nationale Grenzen bei Investitionsentscheidungen eine immer geringere Rolle spielen. Technische Revolutionen in der Massenkommunikation und im Massentransport haben in Verbindung mit einer Liberalisierung der Märkte die alten wirtschaftlichen Grenzen niedergedrückt. Nationale Gütermärkte sind international eng miteinander verflochten. Das Kapital ist international hoch mobil. Produktions- und Standortbedingungen wie das Steuersystem, die Arbeitskosten, die Sozialabgaben, das Arbeitsrecht, die Marktregulierungen, das politische Klima und die politische Stabilität – also all die Faktoren, von denen die Investitionsentscheidungen abhängen – sind heute weltweit vergleichbar und tragen damit zu einem verschärften Wettbewerb der Standorte bei.

Wirtschaftliche Aktivitäten werden sich daher zunehmend dort konzentrieren, wo die Bedingungen dafür günstig sind. Dies wurde in anderen Industrieländern deutlicher als bei uns erkannt: Während sie mit Nachdruck an der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit arbeiten, setzen in der Bundesrepublik die politisch maßgeblichen Kräfte und die Tarifvertragsparteien die Rahmenbedingun-

gen fast allein nach binnenwirtschaftlichen Gesichtspunkten fest. Rückwirkungen auf die verflochtene Weltwirtschaft werden zu selten in die Betrachtung einbezogen.

Der Schlüssel für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung liegt bei den produktiven Privatinvestitionen. Und diese sind unzureichend: Von 1985 bis 1987 ist die Wachstumsrate der realen Bruttoinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsbau) von 5,5 % auf 3,25 % gesunken. Für 1988 prognostiziert die OECD nur noch eine Wachstumsrate von 2 %. Dies ist nicht eine Folge von zu wenig Ersparnissen oder fehlender Liquidität. Das Geld fließt lediglich in andere Verwendungen: Mit Sachinvestitionen im Inland können nicht die Renditen erzielt werden, die mit Finanzinvestitionen verdient werden können. Die Erträge von Sachinvestitionen sind inlandsbestimmt, die Erträge von Finanzinvestitionen spiegeln die Situation auf dem Weltkapitalmarkt wieder, einschließlich der Sachrendite, die im Ausland erzielt werden kann.

Bei diesem Wettbewerb um das international mobile Kapital war die Bundesrepublik nicht besonders erfolgreich: Von 1982 bis 1987 sind die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland von 8,1 Mrd. DM auf 16,1 Mrd. DM gestiegen. 1982 sind von deutscher Seite in Investitionen 6,2 Mrd. DM mehr in Richtung Ausland geflossen als umgekehrt. 1987 betrug der Saldo der Direktinvestitionen 14,2 Mrd. DM. Der Löwenanteil der deutschen Direktinvestitionen im Ausland fiel dabei mit rund 9,6 Mrd. DM (1986) auf die USA.

Gewiß, Auslandsinvestitionen tragen zur internationalen Arbeitsteilung bei und erschließen uns ausländische Märkte. Für die verstärkte Tendenz zu Investitionen im Ausland bestünde daher kein Anlaß zur Sorge, wenn unsere inländische Investitionstätigkeit und unser Wirtschaftswachstum höher wären und es keine gravierenden Beschäftigungsprobleme gäbe. Doch gerade daran hapert es.

Unsere Schwächen und deren Ursachen:

Die durchaus reale Gefährdung des Arbeitsplatzes Bundesrepublik läßt sich freilich nicht auf eine einzige Ursache, nicht einmal auf wenige Gründe zurückführen. Es ist das massive Zusammentreffen ganz unterschiedlicher Faktoren, die sich mit ihren negativen Wirkungen potenzieren und damit das eigentliche Problem bereiten.

Sie reichen von unbewältigten Strukturproblemen über ausufernde Subventionen und eine unzulängliche Steuer- und Sozialgesetzgebung bis hin zur ungenügenden Flexibilität am Arbeitsmarkt. Hinzu kommt die unser Wirtschaftsleben vielfach lähmende Unzahl von gesetzlichen und bürokratischen Reglementierungen und Gängelungen. Zusammengenommen liegen diese Faktoren wie Lasten auf unserer Volkswirtschaft und hemmen ihre Entwicklung. Sie haben den Preislenkungsmechanismus verzerrt, die Aktivitäten in die falsche Richtung gelenkt und somit zu einem schleichenden Zersetzungsprozeß der marktwirtschaftlichen Lenkungskräfte geführt.

Demgegenüber haben viele andere Länder ihrer Wettbewerbsbedingungen geradezu dramatisch verbessert und bieten sich damit als attraktive Investitionsstandorte an.

Die Problemfelder im einzelnen:

1. Problemfeld Arbeitsmarkt

Das bei uns eingefahrne Lohnfindungs- und Beschäftigungssystem ist eine der wesentlichen Ursachen für die anhaltende Arbeitslosigkeit im Land und ein immer belastenderer Standortnachteil. Je besser die Arbeitsmarktbedingungen im Ausland sind, desto schwerer ist es, Arbeitsplätze in Deutschland zu halten.

Denn Beschäftigung hängt insbesondere von zwei Faktoren ab: Den Arbeitskosten und der Arbeitsproduktivität. Sind die Arbeitskosten –

vereinfacht betrachtet – höher als die Arbeitsproduktivität, erleidet ein Unternehmen Verluste, wenn es Arbeitnehmer beschäftigt. Steigt dagegen die Arbeitsproduktivität stärker als die Arbeitskosten, nimmt die Beschäftigung zu. Die Arbeitsproduktivität hängt ihrerseits von der Ausstattung der Arbeitsplätze mit Realkapital (Maschinen, Anlagen), also von den produktiven Investitionen sowie von der Auslastung der Maschinen ab. Die Höhe der Arbeitskosten wird durch die Direktvergütungen der Arbeitnehmer und die Personalzusatzkosten – darunter die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung – bestimmt.

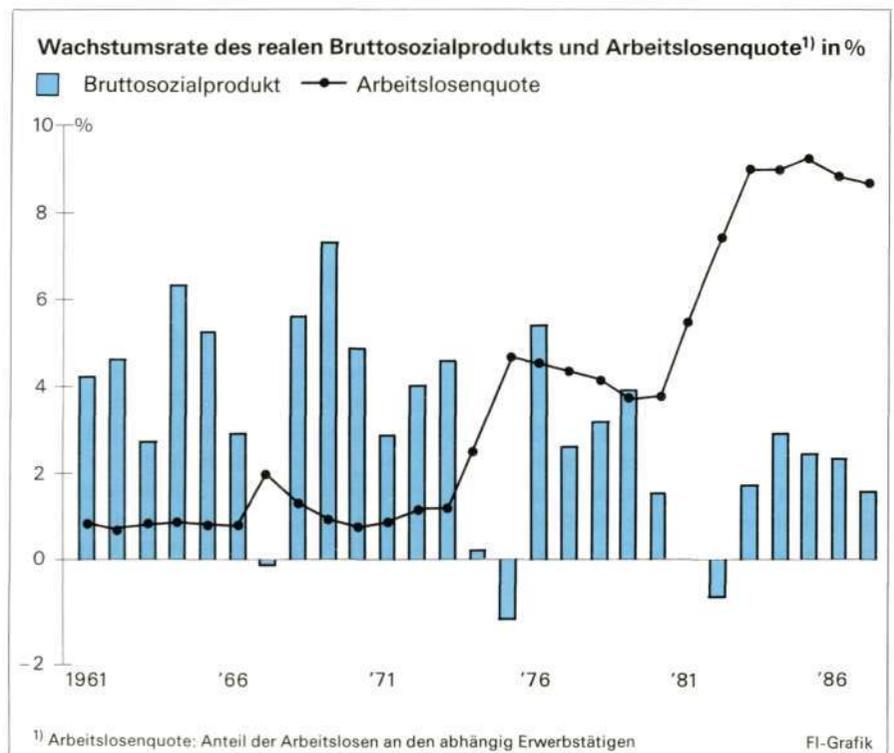
Steigen die Sozialabgaben an, dann müssen die Arbeitnehmer entweder sinkende Reallöhne hinnehmen oder aber die Investitionstätigkeit muß kräftig ansteigen. Dieser Mechanismus des Arbeitsmarktes ist in der Vergangenheit immer weniger beachtet worden: Der Lohn als Preis für die Arbeit wird statt über den Markt durch das Tarifkartell von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bestimmt. Die dabei vorgenommenen Differenzierungen sind aber viel zu schwach,

Arbeitskosten und Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe
(Indices, Bundesrepublik = 100)

	Arbeitskosten	Wertschöpfung je Arbeitsstunde	Arbeitskosteneinheit
Schweiz	101	100	99
Bundesrepublik	100	100	100
Schweden	85	76	90
USA	77	90	116
Japan	76	83	109
Italien	72	70	97
Frankreich	69	75	109
Großbritannien	54	54	100

Quelle: Dresdner Bank, Stand Mitte 1987

um den unterschiedlichen regionalen und unternehmensspezifischen Arbeitsmarktlagen Rechnung zu tragen. Industrien, die am Subventionstropf des Staates hängen, bezahlen sogar noch überdurchschnittliche Löhne. Da damit den Arbeitnehmern falsche Signale gegeben wurden, haben sich die Probleme des Strukturwandels noch verschärft. Die Folge war, daß erstmalig in der Bundesrepublik in einer Aufschwungsphase die Arbeitslosigkeit gestiegen bzw. nur geringfügig zurückgegangen ist (siehe Grafik).



Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitsplatzes Bundesrepublik aber sind die Entwicklung der Arbeitskosten und der Produktivität von geradezu entscheidender Bedeutung. Um mit Arbeitskosten wettbewerbsfähig zu bleiben, die z. B. mehr als das Siebenfache des Schwellenlandes Taiwan betragen, muß die Arbeitsproduktivität entscheidend verbessert werden. Der Schlüssel dazu sind produktive Investitionen und eine flexible Arbeitswelt, die eine hohe Auslastung der Maschinen ermöglicht.

2. Problemfeld Soziallasten

Geschwächt werden unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der Standort Bundesrepublik auch durch die ungesunde Entwicklung unserer Sozialsysteme. Sie konsumieren die wirtschaftlichen Wachstumsraten in immer größeren Maße. 1986 wurden rund 605,7 Mrd. DM für Sozialleistungen ausgegeben. Das waren 31% des Bruttosozialprodukts, also des Wertes aller hergestellten Waren und Dienstleistungen. Zum Vergleich: Im Jahr 1950 wurden, in Geldwert von heute, pro Kopf der Wohnbevölkerung 1.030 DM für Sozialleistungen aufgewandt, 1986 war es mit 9.015 DM fast das Zehnfache. Im gleichen Zeitraum zwischen 1950 und 1986 hat sich das Bruttosozialprodukt real nur etwa vervierfacht und die Nettoarbeitsentgelte sind um rund das Dreifache gestiegen.

Noch gefährlicher ist, daß sich ein Ende dieser Entwicklung nicht absehen läßt, sondern, im Gegenteil, die Lasten in Zukunft noch stärker ansteigen werden: Die nicht mehr aufzuhaltende Überalterung unserer Gesellschaft macht entweder niedrigere Renten oder höhere Beiträge notwendig und erfordert überdies zur Finanzierung der steigenden Staatszuschüsse höhere Steuern. Sie führt zu einem laufenden Anwachsen der Kosten sowohl im Gesundheitswesen wie in der Altenpflege und bei der Sozialhilfe. Überdies steht auch der Staat bei seinen Bediensteten vor einem Rentnerberg, dessen Alters-

versorgung über zusätzliche Steuern finanziert werden muß. All dies könnte womöglich noch getragen werden, wenn das Wirtschaftswachstum so hoch wäre, daß sich die Zusatzlasten aus entsprechend höherem Einkommen erwirtschaften ließen.

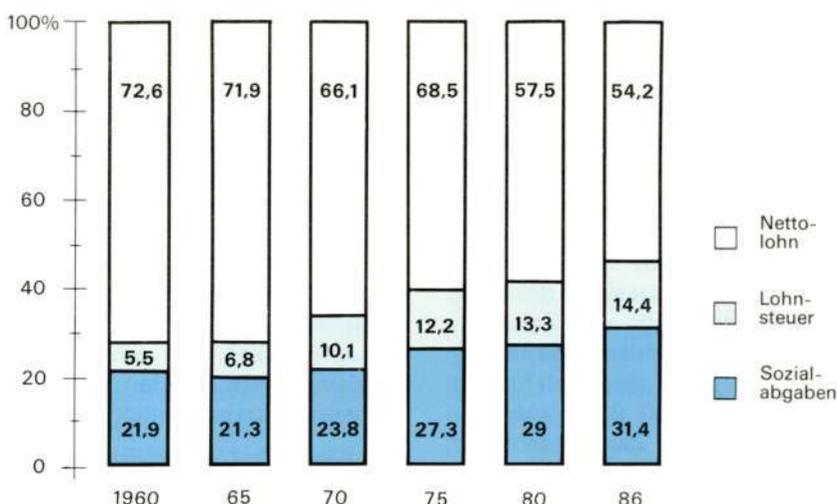
Doch gerade das dazu notwendige Wirtschaftswachstum wird durch die Fehlkonstruktion der Sozialsysteme selbst verhindert. Exemplarisch läßt sich dies für das System der Rentenversicherung zeigen: Wer im Alter versorgt sein will, muß entweder Kinder haben, die für ihn geradestehen, oder er muß Kapital bilden, das er dann verzehren kann oder muß bis an sein Lebensende arbeiten. Dieser Zusammenhang gilt auch für ein Volk als Ganzes. Im derzeitigen System braucht der einzelne zur Alterssicherung weder Kinder, noch muß er Vermögen bilden, noch hat er irgendwelche Lasten zu tragen, wenn er sich früher zur Ruhe setzt. Wenn in diesem System sich jeder einzelne rational verhält, d. h. sein eigenes Interesse wahrnimmt, so gut er kann, muß das System selbst zusammenbrechen. Soll es dann dadurch gerettet werden, daß auf andere Einkommen als die Arbeitseinkünfte zurückgegriffen wird –

also die Unternehmen mit zusätzlichen Steuern belastet werden – dann werden lediglich die dringend benötigten produktiven Investitionen noch stärker außer Landes getrieben.

Ähnlich irrational leistungs- und damit wirtschafts- und standortfeindlich ist das gegenwärtig praktizierte Gesundheitssystem angelegt. Es verleitet direkt zur mißbräuchlichen Ausnutzung der aus Zwangsbeiträgen stammenden Mittel und treibt damit wiederum – zu Lasten des einzelnen und des Arbeitsplatzes Bundesrepublik – die Sozialbeiträge in die Höhe.

Die hier skizzierten Entwicklungen des Sozialsystems und der Wirtschaft bedingen einander. Soll das Sozialsystem seine eigene Grundlage, nämlich die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, auf Dauer nicht abwürgen, dann reicht es nicht, die Systeme durch Hin- und Herschieben der Lasten nur über ein paar Jahre zu retten. Dann ist vielmehr eine Reform erforderlich, die Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung wieder in den Mittelpunkt rückt und, auf einen einfachen Nenner gebracht, Eigeninteresse und Gemeinwohl wieder zur Deckung bringt.

Lohnsteuer und Sozialabgaben (Arbeitnehmer- u. Arbeitgeberanteil)
in % des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit¹⁾



¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit = Bruttolohn zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Arbeits- und Sozialstatistik.
Hauptergebnisse 1987

3. Problemfeld Steuerlast

Unter steuerlichen Gesichtspunkten hängt die Qualität eines Investitionsstandortes für den Anleger allein davon ab, welche Rendite die Investition nach allen Steuern abwirft. Sind die Gewinnchancen bei verschiedenen Anlagemöglichkeiten zunächst gleich, jedoch unterschiedlich mit Steuern belastet, wird der Anleger ganz selbstverständlich diejenige mit der geringsten Steuerbelastung bevorzugen. Dem entspricht der Befund: Da Unternehmensinvestitionen in der Bundesrepublik steuerlich höher belastet werden als Investitionen im Ausland, fließt das neugebildete Kapital zu immer größeren Teilen ins Ausland.

Ausgestaltung eine hohe, im mit uns konkurrierenden Ausland nahezu unbekannte Sonderbelastung der ohnehin am stärksten risikobehafteten wirtschaftlichen Betätigung „Gewerbebetrieb“ dar und schwächt damit die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft und den Arbeitsplatz Bundesrepublik erheblich.

4. Problemfeld Subventionslast

Die Bundesrepublik wendet – je nach Berechnungsart – Jahr für Jahr aus Steuergeldern Beträge zwischen 70 und mehr als 100 Mrd. DM an Subventionen auf. Das für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bundesrepublik Gefährliche daran ist fol-

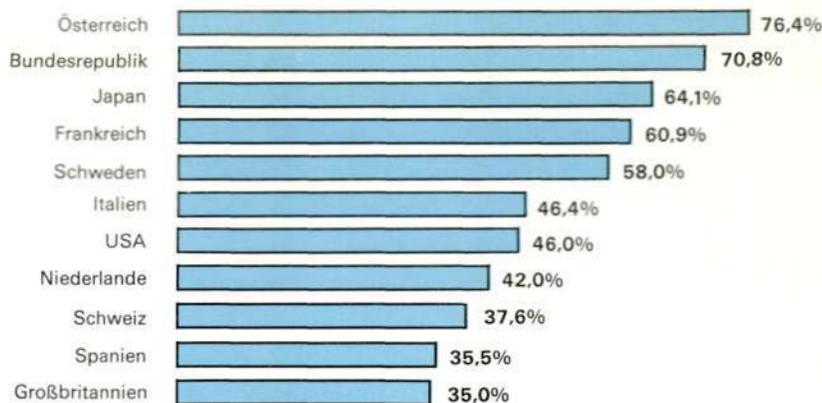
abzufedern. In Wirklichkeit aber hat er ihn blockiert.

	1975	1980	1985
Agrar	2353	2556	3486
Bergbau	3934	11056	7460
Stahlindustrie	14	159	2991
Schiffbau	1351	4379	3289
Luft- u. Raumfahrttechnik	6341	6764	7105

Quelle: 11. Subventionsbericht

Eine derartige Politik verfolgt – möglicherweise ungewollt – das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit möglichst aller Bereiche der bundesdeutschen Wirtschaft zu erhalten, auch wenn das nur auf Staatskosten und damit auf Kosten jedes einzelnen möglich ist. Für die Verfechter einer derartigen Politik ist die Vorstellung unerhört, daß eines Tages auch in einem großen europäischen Binnenmarkt die Bundesrepublik nicht mehr über Werften verfügt und hier nur noch wenige Zechen und Stahlwerke zu finden sind. Dabei wird übersehen, daß ein höheres Pro-Kopf-Einkommen gerade durch die internationale Arbeitsteilung zu erzielen ist, wenn man bewußt darauf verzichtet, alles Benötigte selbst herzustellen, und sich stattdessen auf diejenigen Produktionen konzentriert, bei denen der größte Vorsprung oder der geringste Rückstand zu verzeichnen ist. Dies bestätigen auch die vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Analysen der Wirtschaftsforschungsinstitute zur strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Nach der Untersuchung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft kosten Protektion und Subventionen die Volkswirtschaft weitaus mehr, als sie den begünstigten Bereichen bringen: Bei einem Abbau aller Protektions- und Subventionslasten würden zwar Branchen wie der Kohlebergbau, die Landwirtschaft oder die Textil- und Bekleidungsindustrie beträchtlich schrumpfen. Im Gegenzug würden aber die wenig protektionierten Bereiche wie die Elektronik und andere Investitionsgüterbranchen, bei denen die

Gesamtsteuerbelastung der Kapitalgesellschaften bei Gewinnthesaurierung in % (Frühjahr 1988)



Einschließlich der Steuern untergeordneter Gebietskörperschaften; für die Bundesrepublik berücksichtigt: Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögensteuer
Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft

Fl-Graphik

Mit der für 1990 geplanten Steuerreform und ihrer Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer bzw. Körperschaftssteuer von 56% auf 53% wird ein erster, wenn auch kleiner Schritt in die richtige Richtung getan. Angesichts des weltweiten Wettbewerbs von Steuerreformen – insbesondere unsere EG-Partner rüsten sich steuerlich für den 1992 geplanten EG-Binnenmarkt – muß aber gerade das System der Unternehmensbesteuerung in den kommenden Jahren entscheidend und zügig verbessert werden.

Dies gilt insbesondere für die Gewerbesteuer. Sie stellt in ihrer derzeitigen

gänger Kreislauf: Mit diesen Steuergeldern, die aus den wettbewerbsfähigen Bereichen stammen, werden ausgerechnet jene Sektoren subventioniert, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind und mit denen wir als Volkswirtschaft in Zukunft so nicht mehr bestehen können. Doch je schlechter sie gegenüber der ausländischen Konkurrenz abschneiden, um so stärker werden sie subventioniert.

Zu diesen Problembereichen zählen insbesondere die Landwirtschaft, der Bergbau, die Werften und die Stahlindustrie. Hier hat der Staat mit massiven Subventionen (siehe Tabelle) eingegriffen, um den Strukturwandel

Bundesrepublik komparative Kostenvorteile besitzt, kräftig expandieren. Daraus ergäben sich enorme gesamtwirtschaftliche Effizienzgewinne: Das Bruttoinlandsprodukt könnte um etwa 6% oder 100 Mrd. DM größer sein, als es tatsächlich ist. Auch die Beschäftigung wäre dann merklich höher, nämlich etwa 9%; das entspräche reichlich 2 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Mangelhafte Koordination der Kräfte

Sozialprodukt, Wachstum, Standortqualität und damit auch die materiellen Grundlagen für jedweden Wohlstand ergeben sich, auf den Punkt gebracht, aus drei Komponenten: aus dem Fleiß und der Tüchtigkeit der Bevölkerung, aus der Ausstattung mit Produktivkapital und aus der Art, wie die Produktivkräfte koordiniert sind. Alle drei Voraussetzungen stehen in wechselseitiger Abhängigkeit.

Die oben beschriebenen Belastungen unserer Volkswirtschaft im internationalen Vergleich sind in erster Linie Ausdruck und Folge volkswirtschaftlicher Koordinationsmängel und fehlender Ordnungspolitik. Zu viel staatliche Reglementierung und die schon zum System gewordenen Eingriffe in den Regelungsmechanismus des Marktes haben dazu geführt, daß die Räder nicht mehr ineinandergreifen, daß der Reibungsverlust zu hoch ist und die Gewinnchancen außerhalb der Bundesrepublik besser sind. Als eine Folge davon fließt Produktivkapital aus der Bundesrepublik ab und wird außerhalb in modernste Anlagen investiert. Weitere Folge: die Belastungen für die Wirtschaft und den einzelnen werden noch höher, die Tüchtigen werden demotiviert und in die Schattenwirtschaft fehlgeleitet. Damit aber werden die Systeme noch mehr belastet.

Aus diesem sich abzeichnenden Teufelskreis müssen wir ausbrechen und unsere wirtschaftlichen Kräfte wieder optimal koordinieren. Dazu ist bei den vorgenannten Problemfeldern anzusetzen.

Fazit:

- Vorsorge für die künftige Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitsplatzes Bundesrepublik in einer Zeit rapiden Strukturwandels und schnellen ausländischen Aufholens ist ein Gebot der Verantwortung.
- Die Attraktivität der Bundesrepublik für zukunftsichernde Investitionen ist von drei Seiten gefährdet: durch das kombinierte Gewicht der genannten Faktoren, durch die Beweglichkeit und Erfolge der konkurrierenden Länder und, vor allem, durch unsere Verdrängung des Problems und der elementarsten ökonomischen Zusammenhänge.
- Wir können mit den Herausforderungen fertig werden, wenn wir uns den Tatsachen stellen, unsere geistige Beweglichkeit wiederfinden und die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit zur gemeinsamen, alle Gruppierungen zusammenfassenden Aufgabe machen.

Ausblick

Daß die Bundesrepublik im Wettlauf der Industrienationen unaufhaltsam zurückfällt, ist nicht schicksalhaft vorgegeben. Sicherzustellen, daß unser Land wirtschaftlich auch in zehn, zwanzig und mehr Jahren noch mithalten kann, ist freilich eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische, vor allem aber eine geistig-moralische

Herausforderung, die alle bisherigen Bemühungen in den Schatten stellt. Sie ist selbst größer als die Nachkriegsaufgabe, die das ganze Volk zusammenrücken ließ. Damals ging es darum, von einem absoluten Tiefstand wieder aufzubauen. Heute müssen wir – auf einem Höchststand an materieller Sicherheit und Ausstattung – vor allem die Erwartungshaltung abbauen, es würde immer so weitergehen in Richtung auf mehr Wohlstand, bessere Sicherung und weniger Arbeit.

Wir müssen umdenken. Bisher haben wir immer wieder Rekorde gebrochen. Wir wurden Weltmeister in Lohnhöhe, sozialer Absicherung, Kürze der Arbeitszeit und niedriger Geburtenrate. Doch so beeindruckend sie auch sind: Es waren Rekorde auf dem falschen Feld. Im jetzt entbrannten eigentlichen Kampf um die Arbeitsplätze und die wirtschaftlichen Ausgangspositionen für die kommenden Jahrzehnte werfen sie uns gegenüber den anderen Staaten zurück.

Unser größtes Standortproblem aber, das es zu überwinden gilt, ist der Verlust der Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft. Wir sind an dem, was wir geschaffen haben, festgewachsen. Wir möchten zwar den Wohlstand fortschreiben, nicht aber die Bedingungen, die ihn überhaupt erst ermöglichen. Doch diese Rechnung geht nicht auf.

Wir müssen, wenn wir eine chancenreiche Zukunft vorbereiten und unsere nicht geringen Standortvorteile voll entfalten wollen, genau das tun, womit Ludwig Erhard vor vierzig Jahren eine erstarrte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu ungeahnter Leistungsfähigkeit gebracht hat: „Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen“. Wenn das wieder gelingt, braucht uns um die Zukunft nicht mehr bange zu sein.